

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/162

25. August 1976

Solidaritätshilfe für jeden einzelnen Menschen

Drei-Punkte-Programm für den Kampf gegen Sucht-
gefahren

Von Marie Schlei MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundeskanzler

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Kohls Überzensor Strauß

DSU-Vorsitzender als Unions-Zuchtmeister
dokumentiert

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 3 und 4 / 51 Zeilen

Büses Propagendaspiel mit DDR-Häftlings-Zahlen

Das menschliche und politische Leid erlaubt
keine Agitation

Seite 5 / 46 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Wahlaufruf des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des
SPD-Vorsitzenden Willy Brandt an die Wählerinnen und
Wähler zur Bundestagswahl am 3. Oktober 1976

Seite 6 bis 9 / 116 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckerl

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 40A
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 63 97 - 30
Telex: 08 86 848-48 gpbh d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Solidaritätshilfe für jeden einzelnen Menschen

Drei-Punkte-Programm für den Kampf gegen Suchtgefahren

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Über eine Million Alkoholikranke und etwa 40.000 Drogenabhängige - vorwiegend Jugendliche - leben in unserem Lande. Fast 100 Menschen - mehr als 1975 - sind bereits in diesem Jahr an einer Überdosis harter Drogen gestorben. Diese Zahlen kennzeichnen einen dunklen Schatten in unserer sozialen Wirklichkeit. Obwohl sie nicht über die Not, das Elend, die Enttäuschung und das unsagbare Leid aussagen, sind sie doch geeignet, unser Bewußtsein auf eine soziale Aufgabe zu lenken, der wir uns stellen müssen. Wir dürften diese bedauernswerten Menschen nicht alleinlassen; wir müssen ihnen helfen, ihnen eine Chance geben.

Wohlfahrts- und Jugendverbände, aber auch spontane Zusammenschlüsse interessierter Bürger haben viele nachahmenswerte Beispiele gegeben. Und man kann den Bürgerinitiativen bescheinigen, daß sie beim Kampf gegen den Drogen- und Alkoholmißbrauch sowie bei der Betreuung Suchtkranker erfolgreich tätig sind. Gleichwohl darf der Staat nicht abseits stehen. Vielmehr ist es eine selbstverständliche Pflicht unseres Sozialstaates, sich gerade auch dieser Kranken besonders anzunehmen.

Die sozial-liberale Koalition hat bereits im Jahre 1970 - wenige Monate nach ihrem Amtsantritt - ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs verabschiedet. Es wurde 1973 durch das gemeinsam mit den Ländern beschlossene Aktionsprogramm zur Eindämmung des Alkoholmißbrauchs ergänzt und vervollständigt. Beide Programme haben bewirkt, daß verstärkte Anstrengungen unternommen und auseinanderlaufende Initiativen aufeinander abgestimmt wurden. Vor allem kam es darauf an, Aufklärungsmaßnahmen durchzuführen, um den verbrecherischen Drogenhandel konsequenter zu bekämpfen und Drogenberatungsstellen einzurichten. Erste Erfolge haben diese Bemühungen gelohnt: Die Zahl der Probierer und Gelegenheitskonsumenten - insbesondere von Haschiach - ging zurück und die Zahl der Drogenabhängigen stagniert heute bei etwa 40 000. Beim Alkoholmißbrauch liegen ähnlich gute Erfahrungen noch

nicht vor, weil in diesem Bereich eine intensive und langwierige Umge-
wöhnungs- und Erziehungsarbeit erforderlich ist.

Festzuhalten bleibt aber, daß erst unter sozialdemokratischer Regierungs-
verantwortung die gesamtstaatliche Aufgabe der Bekämpfung des Alkohol- und
Drogenmißbrauchs überhaupt erkannt und entsprechend gehandelt wurde. Wir
meinen, daß Freiheit auch Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, Frei-
sein von Angst bedeutet.

Die bisher eingeleiteten Maßnahmen sind erste Schritte. Weitere müssen
folgen. Insbesondere kommt es darauf an, die tieferliegenden Grundstörungen
für diese Mißbräuche im persönlichen und sozialen Bereich zu analysieren und
zu beseitigen. Dazu scheint mir dreierlei erforderlich:

1. Es muß gelingen, die Jugendlichen, ihre Eltern und Erzieher über
die Gefahren von Suchtkrankheiten noch besser aufzuklären.

2. Wir müssen unser Wissen um diese Krankheiten und ihre soziale
Bedingtheit erweitern.

3. Neben diesen sozialen Maßnahmen müssen wir den Zugang zu Heroin
und anderen illegalen Drogen noch mehr erschweren und gegen Drogenhändler,
die die Unerfahrenheit, die sozialen Verhältnisse und die persönlichen
Konflikte junger Menschen skrupellos ausnutzen, schärfer vorgehen. Außer-
dem halte ich Einrichtungen für notwendig, in denen die erforderlichen
therapeutischen Mittel und sozialen Hilfen angeboten werden. Der Bund kann
hierbei nur durch Förderung von Modellen tätig werden.

Es lohnt sich, um jeden einzelnen Menschen zu kämpfen - auch um
den Süchtigen, der oft leichtfertig oder unüberlegt in den Bannkreis der
Drogen oder des Alkohols geraten ist und sich aus eigener Kraft nicht mehr
befreien kann. Ich weiß, daß uns dies nicht von heute auf morgen gelingen
kann. Aber wir sind auf dem richtigen Wege und sollten ihn in Solidarität
mit den Gefährdeten konsequent weitergehen. (-/25.8.1976/mie/e)

+ + +

Kohl's Oberzensor Strauß

CSU-Vorsitzender als Unions-Zuchtmeister dokumentiert

Van Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Der Zuchtmeister und Oberzensor der Opposition hat sich einige anerkennende Worte über den ungeliebten Kanzlerkandidaten Dr. Helmut Kohl abgerungen. Diesen "Wahlchlagler" brachte das konservativ-reaktionäre Kampfblatt "Deutschland-Magazin" in einem "ersten Doppelinterview" mit Kohl und Strauß zustande, das als Gemeinsamkeits-Arie angelegt war. Nachdem der zweitbeste Kanzlerkandidat der CDU/CSU dem nach offizieller Auffassung der CSU besten - nicht frei von Masochismus - Urteilskraft und Durchsetzungsvermögen als hervorragende Eigenschaften bestätigt hatte, revanchierte sich Franz Josef Strauß für diese Huldigung mit einer höflichen Pflichtübung: "Helmut Kohl ist ein Mann, der Gegensätze zu Überwinden und einen klaren Standpunkt in verbindlicher Form zu vertreten vermag. Seine persönliche Einstellung zur Freiheit, zu leben oder leben zu lassen, unterscheidet sich gewiß nicht von der meinen. Er personifiziert das unbefangene Selbstbewußtsein der Nachkriegsgeneration, die wieder eine vernünftige Kontinuität der deutschen Geschichte anstrebt".

Prompt erkannte Springers scharfsichtige "Welt" das Ungewöhnliche dieses Vorgangs und rückte die freundlichen Worte des CSU-Vorsitzenden über den Kanzlerkandidaten in den Blickfang. Dabei wurde allerdings unterlassen, auch die positive Entwicklung zu dokumentieren, die Strauß in seiner Meinungsbildung über Helmut Kohl bis zu dieser Äußerung hinter sich gebracht hat. Dies soll hier mit einigen Zitaten nachgeholt werden:

"Ich bin zwar mit ihm befreundet, aber er ist ein Filzpantoffel-Politiker, das sage ich ihm auch selber." (Strauß nach "Wirtschaftswoche", 9. März 1973)

"Herr Kohl ist ein außerordentlich erfolgreicher Ministerpräsident. Wo seine Grenzen liegen, muß er selber erkennen." (Strauß im "Stern", 17. Oktober 1974)

"In der Wirtschaftspolitik kann er dazulernen, da hat er von seiner Ausbildung her wenigstens einen Hintergrund." (Strauß im "Spiegel", 5. November 1974)

"Aber trotz allem - denken kann der Mann! Wenn doch der Helmut Kohl nur mal fünf Minuten so denken könnte wie Mao." (Strauß laut "Bonner Rundschau", 28. Februar 1975)

Diese nicht gerade goldenen Worte, mit denen der CSU-Vorsitzende den unionsinternen Weg des CDU-Vorsitzenden Kohl begleitet hat, konnten Dr. Kohl in seinem Glauben an die und seiner Bewunderung für die Urteilskraft von Strauß offenbar nicht erschüttern. Da Glaube ja auch Berge versetzen können soll, hat sich der Kanzlerkandidat in der Einschätzung der von ihm beanspruchten "Richtlinienkompetenz" für die Politik der CDU/CSU wohl auch durch das neueste Zitat von Strauß nicht beirren lassen. Es stand am 23. August in "Bild": "Aber ich werde keiner Regierung angehören, die nicht die Grundsätze einer von mir für richtig gehaltenen Außenpolitik genauso konsequent vertreten würde, wie ich es als Außenminister tun würde."

Da haben wir den Ober-Kanzlerkandidaten wieder in ungeschöner Selbstdarstellung. Aber der offizielle Kanzlerkandidat der Opposition ist ja schon gewöhnt, mit dem "Durchsetzungsvermögen" seines Dompteurs zu leben und ist bereit, ihm für ein gelegentliches gutes Wort sogar respektvoll zu danken. Ob er ab und zu wenigstens noch die Faust in der Tasche ballt, werden wir vielleicht einmal aus den Memoiren des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz erfahren.

(~/25.8.1976/va/va)

+ + +

Büses Propagandaspiel mit DDR-Häftlings-Zahlen

Das menschliche und politische Leid erlaubt keine Agitation

In Kopenhagen ging vor ein paar Tagen ein sogenanntes Hearing über die Bühne, das dem Thema Unmenschlichkeit in der DDR gewidmet war. Der deutsche Co-Veranstalter zum dänischen Sacharow-Komitee war eine "Arbeitsgemeinschaft" in West-Berlin, die sich gelegentlich spektakulär ins politische Licht setzt und kurzfristig mit "Dokumentationen" und Zahlenzusammenstellungen Eingang in die Presse findet.

Die Kopenhagener Veranstaltung zeigte besonders deutlich, wie eine kleine Arbeitsgemeinschaft geschickt die Aufmerksamkeit auch der seriösen Presse finden kann, selbst wenn sie nichts Neues bietet oder nur ungenaues Material verbreitet. So schrieb zum Beispiel ein Berliner Blatt, daß die Arbeitsgemeinschaft bis zum 30. Juni dieses Jahres 167.027 Flüchtlinge "registriert" habe. Dabei hat die AG nichts zu registrieren. Sie befragt nur Ministerien und Behörden telefonisch oder schreibt aus den Jahresberichten des Bundesgrenzschutzes ab, um dann Zahlenzusammenstellungen (ohne einzelne Quellenangaben natürlich) zu veröffentlichen. Eine große Frankfurter Zeitung hat jüngst daraus sogar eine (ungenaue) Graphik entwickelt. Auch die von der Arbeitsgemeinschaft verbreitete Karte über die Lage der Haftanstalten der DDR fand Nachdrucke in der Tagespresse, obwohl die Karte an einigen Punkten ungenau und sogar falsch ist.

Die meiste Verbreitung hat aber die von der AG selbst "ermittelte" Zahl der politischen Häftlinge in der DDR gefunden. 7.000 oder mehr sollen es sein, obwohl diese Zahl sich durch nichts auch nur annähernd belegen läßt. Wer nur einigermaßen den Strafvollzug in der DDR kennt, wird sich hüten, eine mehr oder weniger wahllos zusammengestellte Liste der DDR-Haftanstalten mit Zahlen zu akzeptieren, die die aus politischen Gründen verurteilten Inmates angeben sollen. Diese Liste basiert auf Schätzungen entlassener Häftlinge. Niemand kann aber im Strafvollzug die Zahl der Mithäftlinge einigermaßen genau angeben. Die Geheimhaltung im DDR-Strafvollzug, die Abschottung innerhalb der Anstalt in Zellen, Häusern und Arbeitskommandos sowie die subjektiven Angaben der Mithäftlinge lassen solche Schätzungen einfach nicht zu.

Eine andere Möglichkeit ist die der namentlichen Erfassung. Diesen Weg gehen die für diesen Personenkreis wirkenden Dienststellen der Bundesregierung. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für in-nerdeutsche Beziehungen, Karl Herold, hatte schon am 1. Juli 1976 in seiner Antwort auf eine Anfrage eines Bundestagsabgeordneten mitgeteilt, daß der Bundesregierung rd. 1.500 politische Häftlinge der DDR namentlich bekannt sind. Hinzu muß man eine gewisse Dunkelziffer rechnen. Auch wenn man hierfür die Zahl verdoppeln sollte und die - wie wir ergänzend erfahren - 496 politischen Häftlinge, die aus der Bundesrepublik und West-Berlin stammen, sowie 37 Ausländer hinzuzählt, kommt eine um die Hälfte kleinere Zahl zustande, als sie die Arbeitsgemeinschaft verbreitet.

Das Thema "politische Häftlinge in der DDR" ist so ernst und auch die Zahl von 3.000 bis 3.500 politischen Häftlinge in der DDR noch so schrecklich hoch, als daß man sich mit unnötig überhöhten Angaben den Verdacht der reinen Propaganda aussetzen sollte.

(- /25.8.1976/hgy/e)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Wahlaufruf des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt an die Wählerinnen und Wähler zur Bundestagswahl am 3. Oktober 1976

I/ Sozialdemokraten haben einen neuen Weg gebahnt. Es ist der dritte Weg zwischen kapitalistischer Ellbogengesellschaft einerseits und kommunistischer Diktatur andererseits. Die Bürger entscheiden darüber, ob wir weiterarbeiten an diesem Modell, weiter erfolgreiche Verständigungspolitik und beharrliche Reformpolitik treiben. Die Bürger entscheiden darüber, ob unsere außerordentliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das dichte soziale Netz und der beispielhafte soziale Frieden erhalten bleiben. Oder ob unser Land zur gescheiterten Politik von vorgestern zurückkehrt. Denn das ist die Gefahr am 3. Oktober 1976.

II/ Die CDU/CSU hat keine konkreten Alternativen. Kohl und Strauß weichen aus. Deshalb führen sie den Wahlkampf mit der vergiftenden Parole "Freiheit oder/statt Sozialismus". Diese Parole ist Anstiftung zum geistigen Bürgerkrieg. Schon heute werden die Führer der Opposition der Geister nicht mehr Herr, die sie selbst gerufen haben. Die radikale Rechte fühlt sich bestätigt, die Saat geht auf. Selbst Anhänger der Unions-Parteien sind über den Rechteruck in der Führung der CDU/CSU tief besorgt. Was die CDU/CSU wirklich tun und lassen will, das kann bis heute kein Wähler erkennen. Wir fordern die CDU/CSU erneut auf, ihre Spalterformel und ihre unehrliche Kampagne auf allen Ebenen endlich durch konkrete und verbindliche Alternativen zu ersetzen. Gerade jetzt, wo die Führer der Unions-Parteien mit den Angstmacher -Parolen der fünfziger Jahre und sogar der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg um die Rückgewinnung ihrer Macht kämpfen, ist die Stunde des nachdenklichen und mündigen Bürgers gekommen.

III/ Wofür Sozialdemokraten stehen, das kann jeder an unseren Leistungen der letzten sieben Jahre erkennen. Wir haben es in unserem Regierungsprogramm gesagt. Im Grundsätzlichen und im einzelnen.

1/ Wir Sozialdemokraten stehen für den Vorrang der Vollbeschäftigung. Wir sind gegen jene, die meinen, ein "gewisses Maß an Arbeitslosigkeit" sei der wirtschaftlichen Stabilität förderlich. Sichere und quali-

fizierte Arbeitsplätze für Männer und Frauen, für Angestellte, Arbeiter und Selbständige und eine leistungsfähige, stabile, weltweit konkurrenzfähige Volkswirtschaft sind die entscheidenden Grundlagen für unsere Zukunft.

2/ Wir Sozialdemokraten stehen für den Fortschritt, für die Sicherung des sozialen Netzes. Sozialdemokraten sind das soziale Gewissen der Nation. Wir haben aus innerer Überzeugung das soziale Netz geknüpft. Weshalb wir entscheidenden Wert auf den Sozialstaat legen, den das Grundgesetz verlangt: a/ der Sozialstaat schafft Sicherheit und "soziales" Vermögen für alle; b/ soziale Sicherung garantiert persönliche Freiheit von Not und Freiheit von Furcht; c/ das Netz der sozialen Sicherungen begründet den beispielhaften inneren Frieden in unserem Land. Wir lassen keinen Abbau sozialer Leistungen zu. Die Renten bleiben gesichert.

3/ Wir Sozialdemokraten stehen für die Politik stetiger Reformen. Noch vieles ist zu tun. Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen. Zum Beispiel in der beruflichen Bildung und im Umweltschutz. Zum Beispiel bei Abbau des Numerus clausus und des Leistungsdruckes in den Schulen. Zum Beispiel im Gesundheitswesen zur Senkung der Kostenbelastung.

4/ Wir Sozialdemokraten stehen für Selbstverwirklichung und tatsächliche Gleichstellung der Frau. Gegen erbitterten Widerstand haben Sozialdemokraten dafür gekämpft, daß die Situation der Frau verbessert wurde, zum Beispiel beim Ehe- und Familienrecht, zum Beispiel beim § 218. Auch in Zukunft können Frauen auf uns zählen.

5/ Wir Sozialdemokraten stehen für die Politik der aktiven Friedenssicherung; durch Bündnis und Europäische Gemeinschaft im Westen, durch Verträge mit dem Osten. Zur Politik der Verständigung und des Ausgleichs gibt es keine Alternative. Die Schritt für Schritt erkämpften Verbesserungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands dürfen nicht leichtfertig oder zynisch aufs Spiel gesetzt werden. Scherfmacher auf der anderen oder auch auf dieser Seite von Stacheldraht und Mauer dürfen nicht das Gesetz des Handelns bestimmen. Die CDU/CSU würde riskieren, unser Land in die Konfrontation und damit in eine ausweglose Isolierung zu treiben.

6/ Wir stehen für Sicherheit und Freiheit. Seit über hundert Jahren haben Sozialdemokraten unter persönlichen Opfern mehr Freiheit für die vielen

erstritten: Acht-Stunden-Tag, Streikrecht, Frauenwahlrecht, flexible Altersgrenze. 1933 hat die SPD im Reichstag gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt, anders als die politischen Vorläufer der Unionsparteien. Nach 1945 haben sich die Sozialdemokraten im Ringen um die Freiheit Berlins und um die Grundlagen unserer neuen Demokratie von niemandem Übertreffen lassen. Die Opposition will mit ihrer Spalterformel "Freiheit oder/statt Sozialismus" die Grundwerte der SPD in die Nähe zur Unfreiheit rücken. Diese Fälschung ist ihr Stil. Bei allen Wahlen seit 1949 hat die CDU/CSU bisher behauptet, unserem Land drohe die Unfreiheit. Wir haben das Gegenteil wahrgemacht: Die Freiheitsräume der einzelnen sind durch die Sozialdemokraten ausgeweitet worden. Von Freiheit für alle Bürger verstehen wir mehr!

IV/ Wir Sozialdemokraten sind stolz auf unser Land und auf unsere Leistung. Sie wird auf der ganzen Welt anerkannt. Wir haben auch das Unbequeme nie verschwiegen, auch nicht vor Wahlen. Zum Beispiel innerhalb der Europäischen Gemeinschaft oder bei der Mehrwertsteuer. Wir haben inmitten einer Weltwirtschaftskrise für den Aufschwung gekämpft. Entgegen allem Chaos-Geschwätz durch die CSU und aller Schwarzmalerei durch die CDU haben wir den Aufschwung herbeigeführt.

Wir appellieren an alle, sich auch jetzt keine Angst einreden zu lassen, sondern sich in eigener Verantwortung zu entscheiden. Unser Volk hat allen Grund, selbstbewußt und optimistisch in die Zukunft zu sehen.

Wir appellieren an jene vielen Mitbürger, vor allem an die vielen Frauen und jungen Leute, die uns 1972 den Auftrag gegeben haben, ein Stück mehr Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit für sie durchzusetzen. Auch wenn Sie noch schnellere Fortschritte erwartet haben -

bitte prüfen Sie nüchtern und gerecht, was geleistet worden ist. Prüfen Sie, welche Partei und welche Regierung Ihren Sorgen und Fragen auch in den nächsten vier Jahren gerecht werden wird. Falls Sie diesmal der Wahl fernbleiben, so belohnen Sie nachträglich diejenigen, welche die Reformarbeit zu Ihrem Nachteil blockiert und behindert haben.

1972 haben zwei Millionen mehr Mitbürger als zuvor gewählt. Die Wahlbeteiligung war höher als je zuvor. Die meisten haben SPD gewählt. Es war nicht umsonst. Nie ist soviel für die soziale Sicherung der Arbeiter, Angestellten und Rentner geschehen wie seit 1969. Nie ist so viel für Behinderte geschehen, wie in den vergangenen vier Jahren; nie ist so viel für alleinstehende Mütter geschehen, wie in den vergangenen vier Jahren; nie ist so viel für die soziale Sicherung der Landwirte und der Selbständigen geschehen. Wir bitten Sie alle, uns auch für die nächsten vier Jahre politischen Rückhalt zu geben. Wir bitten um Ihre Erststimme und um Ihre Zweitstimme. Wer nicht zur Wahl geht, der hilft damit jenen Politikern, von denen Sie nichts zu erwarten haben.

Angesichts einer weltweit schwierigen Lage darf man nicht mitten im Strom den Steuermann wechseln. Die Opposition hat weder den Mann noch das Konzept, um die Aufgabe zu meistern. Deshalb darf sich keine Wählerin und kein Wähler der Entscheidung am 3. Oktober 1976 entziehen.

Bewährte Politik wählen, Sozialdemokraten wählen. Auf jede einzelne Stimme kommt es an.

(-/25.8.1976/bgy/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert